Nummer 516

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Dr. Funk. Berlin. Politischer Teil: Dr. Paul Ostreich. Berlin. Feuilleton, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Donnerstag, 4. November 1926

Die neue parlamentarische Lage in Nordamerika.

Smith demokratischer Präsidentschaftskandidat.

EP **London**, 4. November.

Nach Meldungen aus New-York stellen die amerikanischen Wahlen einen Sieg der Demokraten dar. Sie gewannen sechs Sitze, sodaß der neue Senat aus 49 Republikanern, 46 Demokraten und einem Arbeiterparteiler bestehen wird. Bisher waren es 55 Republikaner, 40 Demokraten und ein Arbeiter-Farmer. Obwohl die Demokraten die zur Erlangung der Mehrheit erforderlichen neun Sitze nicht errungen haben, dürften sie in Zukunft doch in der Lage sein, mit Hilfe progressistischer oder unabhängiger Republikaner die Politik des Präsidenten Coolidge ausschlaggebend zu beeinflussen. Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner eine noch nicht feststehende Zahl von Sitzen verloren, sie haben jedoch immer noch eine sichere Mehrheit. Vom Standpunkt der internationalen Politik aus bedeutet der Wahlausfall keine Aenderung. Die Haltung Amerikas gegenüber dem Völkerbund und dem internationalen Gerichtshof sowie die amerikanische Einwanderungs- und Zollpolitik werden davon nicht betroffen werden und insbesondere werden sich die französischen Hoffnungen auf eine Schwenkung in der Schuldenfrage nicht verwirklichen. Der Gouverneur von New-York, Smith, der zum vierten Male mit großer Mehrheit gewählt worden ist und außerdem noch einen demokratischen Senatskandidaten mit durchbrachte, wird nunmehr allgemein als demokratischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1928 betrachtet.

New-York, 4. November.

In den Erörterungen der Wahlergebnisse wird vielfach hervorgehoben, daß der künftige Senat nur 42 wirkliche Republikaner zählen werde, da sehr fortschrittliche Senatoren mit der Opposition stimmen könnten.

Französische Pressestimmen.

TU **Paris**, 4. November.

Der Ausfall der amerikanischen Wahlen wird hier mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen, da keine außerpolitische Frage, insbesondere nicht die hier fast ausschließlich interessierende Schuldenfrage, zur Debatte stand. „Chicago Tribune" gibt ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Republikaner den Senat verlieren, während der „New York Herald" erklärt, daß die republikanischen Differenzen die Kontrolle über den Senat erhielten. Die meisten Blätter stimmen darin überein, daß sich die Regierung Coolidge einer schweren Aufgabe gegenübersehe.

„Journal" schreibt: Die amerikanischen Wähler haben sich nicht für die Aenderung des Washingtoner Abkommens begeistert und noch weniger für die Herabsetzung der Schulden Europas. Die Präsidenten, die den Ausschlag geben, sind die gefährlichen Gegner jeder Konzession an die Schuldner und man kann nicht glauben, daß die gegenwärtige Regierung ihre Gnadenfrist dazu benutzen wird, um das Abkommen Mellon-Berenger zu ändern. Dagegen sind wir durchaus sicher daß die Mehrheit von morgen sich noch unnachgiebiger zeigen wird. Inzwischen ist keine günstige Aenderung bis zum Jahre 1929 vorauszusehen.

Ausführlicher kommt der „Temps" auf die englischen Gemeindewahlen zu sprechen, deren Ausfall er als einen Protest gegen die konservative Regierung deutet, besonders hebt das Blatt die Niederlage des Liberalismus hervor, der immer mehr der Arbeiterpartei und den Konservativen das Feld räume, was eine der beunruhigsten Aussichten der politischen Lage jenseits des Kanals sei.

Eine Note Chinas an England.

Der Tod Tschangkaischeks bestätigt.

EP **London**, 4. November.

Nach einer Meldung aus Peking, hat der chinesische Außenminister eine Note an die englische Regierung gesandt, in der eine Entschädigung für die chinesischen Zivilpersonen gefordert wird, die bei den jüngsten Kämpfen auf dem Yangtsekiang von den Engländern getötet oder verletzt worden sind.

Einer Reuter-Meldung aus Schanghai zufolge habe der Leiter des amerikanischen Missionshospitals in Tschangscha an den amerikanischen Konsul in Kanking telegraphiert, daß der Kommandeur der Kantontruppen, Tschanglaischek, an den im Kampf erlittenen Wunden gestorben sei. Der Tod Tschangkaischeks ist bereits vor einigen Tagen aus Schanghai gemeldet worden, wurde jedoch von Kanton offiziell dementiert.

Zwischenfälle in der Provinz Hunan.

Schanghai, 4. November.

Aus Tschangsche (Provinz Hunan) wird gemeldet, daß die in Youking gelegene Besitzung der Asiatischen Petroleum-Gesellschaft vollständig eingeäschert wurde. Die in Tschanzhä gelegene Niederlassung der „Butterfields Swire Trading Company" wurde vernichtet. Zwei Missionare wurden gezwungen, diese Stadt zu verlassen. Die drei obengenannten Städte befinden sich in den Händen der Südarmee.

Aus Tokio wird gemeldet, daß der Gesundheitszustand des Kaisers von Japan sich in den letzten Tagen sehr verschlechtert hat.

Der Kampf im russischen Kommunismus geht weiter.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands hat die erwartete Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition gebracht. Ueber den Verlauf der Diskussion ist nur wenig bekannt geworden. Mit um so größerer Ausführlichkeit veröffentlicht die offiziöse sowjetrussische Telegraphen-Agentur die Resolution, die zum Schluß gefaßt wurde. Aus allen Meldungen aber geht hervor, daß die sachlichen Diskrepanzen zwischen Mehrheit und Opposition im bisherigen Umfang und in alter Schärfe fortbestehen. Bekanntlich haben die Führer der Opposition, Sinowjew, Trotzki und die anderen, vor einigen Wochen sich der Partei „unterworfen", und alle kommunistischen Organe jubelten über die geistige Ueberwindung der Opposition durch die Mehrheit. In Wahrheit ist es keine geistige, sondern, bildlich gesprochen, eine sehr brachiale Ueberwindung gewesen. Es ist ganz klar, daß die Sinowjew und Trotzki jene Demütigungserklärung nur unterschrieben haben, um dem Zugriff der Tscheka, der Verschickung nach Sibirien zu entgehen. Wie intensiv die Wirkung ihrer Arbeit nach wie vor sein muß, geht daraus hervor, daß die Mehrheit, um die Wirkung des Linksradikalismus, besonders in der russischen Industriearbeiterschaft, zu paralysieren, sich genötigt sieht, in ihrer für die schwankenden Arbeitermassen berechneten Resolution sich mit Schlagworten zu verteidigen, die sehr tönend sind, aber für jeden Eingeweihten bezwingend komisch wirken. So z. B. die Behauptung, die Tendenzen der Opposition, die ja doch bekanntlich zurück will zu dem politischen und ökonomischen Radikalismus der schlimmsten Zeit nach der russischen Revolution, seien „sozialdemokratische Abweichungen". Es ist offenbar die letzte Hoffnung Stalins und seiner Leute, mit diesem Popanz die gutgläubigen Russen zu schrecken.

Auch in der deutschen Kommunistischen Partei geht der Kampf zwischen rechts und links weiter. Das Zentralkomitee der Partei hat den Rebellen der Scholemgruppe eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, die ebenfalls die absolute Demütigung bedeutet. Die Oppositionellen haben mit einer Gegenerklärung geantwortet und die Demütigung abgelehnt. Es wird also bald wieder ein paar Hinauswürfe geben.

Die Resolution gegen die Opposition.

Der Schluß der kommunistischen Parteikonferenz in Moskau.

Moskau, 4. November.

Der kommunistische Parteitag hat nach Beendigung der Debatten und nach einem Schlußwort Stalins einstimmig eine Resolution über den oppositionellen Block angenommen. Diese Resolution kennzeichnet die Plattform der Opposition als eine sozialdemokratische Abweichung und stellt fest, daß Sinowjew und Kamenew in der Hauptfrage betreffend den Charakter und die Aussichten der russischen Revolution zu dem Standpunkt Trotzkis übergegangen sind, dessen Anschauungen sich immer mehr den Ansichten der Sozialdemokratie nähern. In der Entschließung heißt es weiter, während die Partei davon ausgeht, daß in der Sowjetunion alles Notwendige in genügendem Maße für den Aufbau des Sozialismus vorhanden ist, gehen dagegen Trotzki und seine Anhänger davon aus, daß ein wirklicher Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft erst nach einem Sieg des Proletariats in den bedeutendsten Ländern Europas möglich sein wird.

Der Oppositionsblock glaubt nicht an die inneren Kräfte der Revolution,

verfällt in Verzweiflung angesichts der Verzögerung der Weltrevolution, sinkt auf den Boden ultralinker Selbsttäuschung und revolutionären Abenteurertums, leugnet die bestehende, teilweise kapitalistische Demokratisierung, gerät also auf die Bahn des Putschismus. Daher führt die Forderung der Opposition, das englisch-russische Komitee zu sprengen und die ultralinken Elemente in der Kommunistischen Internationale zu unterstützen. Die Resolution erhebt gegen den Oppositionsblock die Beschuldigung, daß er die Leninsche Grundidee eines Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ablehnt und sozialdemokratische Behauptungen über unvermeidliche Kollisionen zwischen diesen Klassen aufstellt. Indem die Opposition die Bauernschaft als feindliche Kraft betrachtet, schlägt sie solche wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen vor, wie beispielsweise Erhöhung der Preise für Industriewaren und größtmöglichen Steuerdruck auf die Bauernschaft, die lediglich das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zerstören und jede Möglichkeit einer wirklichen Industrialisierung untergraben können. Die Resolution billigt weiter die Politik des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, in dem

Kampfe um die Wahrung der Parteieinheit,

stellt das völlige Mißlingen der Versuche des Oppositionsblocks, der Partei eine Diskussion aufzudrängen und ihre Einheit zu sprengen, fest und hebt den Zusammenschluß breiter Parteimassen um das Zentralkomitee sowie die völlige Isolierung der Opposition hervor. Die Resolution betont, der größte entscheidende Sieg der Partei habe den Oppositionsblock gezwungen, den fraktionellen Kampf aufzugeben und sich von parteifeindlichen Gruppierungen loszusagen. Zum Schluß führt die Resolution als weitere Aufgaben der Partei an: Entschiedener Kampf gegen die sozialdemokratische Abweichung der Opposition, Erziehung der Anerkennung seitens des Oppositionsblocks, daß seine Anschauungen irrig sind, allseitige Wahrung der Parteieinheit durch Verhinderung aller Versuche, den fraktionellen Kampf wieder aufzunehmen und die Parteidisziplin zu verletzen.

Die Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde darauf geschlossen. Nach der endgültigen Annahme aller Resolutionen beschloß die Konferenz, einen

ordentlichen Parteikongreß für den Herbst 1927

anzuberaumen.

Sergei Ordschonikidse ist zum Vorsitzenden der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ernannt worden an Stelle von Kuibyschew, der den Posten des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates bekleidet. Ordschonikidse ist gleichzeitig Kandidat für den Posten des Volkskommissars für die Arbeiter- und Bauerninspektion.

Um Thoiry.

In letzter Zeit sind in der ausländischen Presse Meldungen, über die auch in der deutschen Presse berichtet wurde, aufgetaucht, denen zufolge sich stimmungsmäßig die Aussichten für eine Verwirklichung der Pläne von Thoiry stark vermehrt hätten. In diesem Zusammenhang wurde auch gemeldet, daß die Stimmung in den Vereinigten Staaten in bezug auf Thoiry und die Mobilisierung der Eisenbahn-Obligationen sehr sleptisch sei. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß Kundgebungen von autoritativer Seite aus den Vereinigten Staaten vorliegen, die das Gegenteil behaupten, die besonders die Einstellung der nordamerikanischen Regierung wesentlich anders erscheinen lassen, und die auch die Stimmung der maßgebenden Wirtschafts- und Finanzkreise der Vereinigten Staaten den Plänen von Thoiry gegenüber als durchaus günstig und freundlich schildern. Es wird darauf hingewiesen, daß es ja im Interesse des geldgebenden Amerikas selbst liege, eine Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze in Europa zu begrüßen, damit die Sicherheit des geliehenen Geldes nicht gefährdet werde.

In diesem Zusammenhang wurde auch von unterrichteter Seite dem Drängen vieler Kreise auf raschere Realisierung der Pläne von Thoiry entgegengetreten und die vielfach aufgetauchte Frage, warum man noch immer nichts Positives über die Verhandlungen, die sich an Thoiry anknüpfen und zum Beispiel über die Arbeiten des Thoiry-Ausschusses höre, mit dem Hinweis auf die ungeheure Vielfältigkeit der zu behandelnden Gegenstände beantwortet. Allein das Thema der Eisenbahnobligationen berühre sich auf allen seinen Punkten mit der Frage der Revision des Dawes-Abkommens und schließe schon dadurch einen riesigen Komplex von Schwierigkeiten ein. Tote Punkte habe es in allen großen internationalen Verhandlungen gegeben, und auftretende Schwierigkeiten erklärten sich allein schon aus der französischen Parteipolitik. Für Deutschland sei unter der Masse der Verhandlungsgegenstände die Beseitigung der Militärkontrolle in diesem Augenblick das Nächstliegende. Versuche, die Entwicklung zu überstürzen, könnten die Rückschläge, mit denen selbstverständlich zu rechnen sei, nur zu einer wirklichen Gefahr machen.

— Glückwunsch des Reichspräsidenten nach Stockholm. Der Reichspräsident von Hindenburg hat dem König und dem Prinzen Carl von Schweden telegraphisch seine aufrichtigen Glückwünsche anläßlich der Vermählung der Prinzessin Astrid von Schweden mit dem belgischen Kronprinzen ausgesprochen.

Zum Urteil im Landsberger Prozeß.

Absichtlich haben wir uns jeder kritischen Bemerkung zu dem Prozeß in Landsberg, solange die Verhandlungen noch dauerten, enthalten, um dem Leser es zu ermöglichen, sich selbst auf Grund objektiver Berichterstattung ein vorurteilsfreies Bild zu machen, und um diesen Prozeß, der von vornherein nur als politisches Ereignis das große Aufsehen erregte, nicht noch tiefer in den giftigen, gehässigen Tageskampf der Parteipolitik hineintreiben zu lassen. Jetzt, nachdem das Urteil vorliegt, wollen wir nur kurz sagen, daß unseres Erachtens das Gericht sein Urteil wohl erwogen und Menschen, die nach seiner Ueberzeugung an einem gemeinen Mord oder brutalen Mißhandlungen beteiligt waren, gebührend bestraft hat, während es den Oberleutnant Schulz von der Anklage der Anstiftung zum Morde freigesprochen hat, da, ebenfalls wieder nach der richterlichen Ueberzeugung, keinerlei Schuldbeweis erbracht worden ist.

Aber man würde der Bedeutung dieses Prozesses nicht gerecht werden, wenn man nicht jetzt auch nach dem Urteil darauf hinwiese, daß durch den Landsberger Prozeß wieder die zwei Welten aufgedeckt worden sind, die sich in Deutschland gegenüberstehen. Auf der einen Seite die, welche sich gegen den Angriff von außen und den gewaltsamen marxistischen Umsturz im Innern, unter Umständen mit den Waffen in der Hand, wehren will, und die andere, für welche sich alles um die Republik und um die Vorwärtstreibung der sozialistischen Entwicklung oder sogar der bolschewistischen Revolution dreht. Diese Welten standen und stehen sich unverändert feindlich und mißtrauisch gegenüber. Es ist deshalb nur begreiflich, wenn das Landsberger Urteil weder die radikale Rechte noch die radikale Linke ganz befriedigt. Wir haben eben in Deutschland, sobald die Politik mitspricht, kein einheitliches Urteil weder über den Begriff „National", noch über Erlaubtheit oder Unerlaubtheit der zum politischen Kampf verwendbaren Mittel.

So ist auch jetzt bei dem Landsberger Prozeß für die Linke nicht die Hauptsache die Bestrafung einer Tat, die vom Richter als gemeiner Mord erklärt worden ist, sondern, wie der „Vorwärts" sagt, die „Tatsache, daß vor aller Oeffentlichkeit endlich hineingeleuchtet werden konnte in den Gefahrenherd, der sich unter Billigung der Cuno-Regierung und des Reichswehrministeriums aufgetan hatte. Ein Heer von Gefahren für den Bestand und die ruhige Entwicklung der Republik, ein Netz von Nestern schwärzester Galgenvögel."

Zu gleicher Zeit bemüht sich aber die sozialdemokratische Parteileitung, in Sachsen die Regierungskoalition mit den Kommunisten herbeizuführen, obwohl die Kommunisten in ihrem Programm und in jeder ihrer Kundgebungen ehrlich, offen, sogar provozierend aussprechen, daß sie diese Republik mit Gewalt zerschlagen wollen.

Da ist der Widerspruch, der links für erlaubt oder erklärlich und entschuldbar hält, was nach rechts als Verbrechen gewertet wird.

Unser Volk wird aus dieser ganzen Giftatmosphäre nicht eher herauskommen, als bis der Gedanke, daß wir in einem Rechtsstaat leben, bei dem niemand privat Gewalt anwenden darf, wieder Sieger geworden ist und nicht von irgendwelchen Parteien unter Vorwand einer Art moralischen Rechts verleugnet oder mit Füßen getreten werden darf.

Hierüber hinaus aber wird der Landsberger Prozeß noch politische Konsequenzen haben, denn der „Vorwärts" kündigt an, daß eine Hetze gegen die 1923 im Amt gewesenen verantwortlichen Männer erfolgen wird. Er schreibt:

> „Es kann nicht allein bei dem Urteil in Landsberg bleiben. Nachdem, was dort aufgedeckt wurde, kann der Reichstag sich seiner Verpflichtung nicht entziehen, völlig reinen Tisch zu machen mit den Begründern, Schützern und Förderern jener „Arbeits-

Studebaker Erskine Six Sonderschau: Metropolitan
Friedrichstr. 10
Dönhoff 7200/02.
Metropolitan-Werkstatt:
Charlottenburg, Fritschestr. 27